

Johannes Rauch
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Bundesrates

Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.017.913

Wien, 30.1.2023

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 4059/J-BR/2022 der Bundesrät*innen Horst Schachner, Genossinnen und Genossen betreffend Konsument*innenschutz bei Stromtankstellen: Intransparenz bei der Preisbildung als Blockade für die Verkehrswende** wie folgt:

Fragen 1 bis 4:

- *Inwiefern ist Ihnen die Problematik im Konsument*innenschutz bei der Preisbildung bei Stromtankstellen bewusst?*
- *Welche Pläne gibt es um die Intransparenz bei der Preisbildung bei Stromtankstellen zu beenden? Bis wann sollen diese umgesetzt werden?*
- *Werden aktuell Initiativen vom Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gesetzt, um eine einheitliche Abrechnung der Kosten bei Stromtankstellen herzustellen?*
 - a. *Wenn ja: Welche?*
 - b. *Wenn ja: Bis wann soll eine einheitliche Abrechnung flächendeckend umgesetzt werden?*
 - c. *Wenn nein: Warum nicht?*
- *Führen Sie aktuell Gespräche mit der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie betreffend den Problemen des Konsument*innenschutzes bei der Preistransparenz bei Stromtankstellen?*
 - a. *Wenn ja: Wie ist der aktuelle Stand dieser Gespräche?*

- b. Wenn ja: Wann ist mit einem Ergebnis zu rechnen?*
- c. Wenn nein: Warum nicht?*

Mein Haus setzt sich von Beginn an in der konsumentenpolitischen Arbeit sowie im Rahmen der EU-Koordinierung für Transparenz bei E-Tankstellen ein. Sowohl in Bezug auf die Verrechnungseinheit als auch den Preis wird ein hohes Maß an Transparenz und leichte Vergleichbarkeit als unumgänglich erachtet.

Im Übrigen wird auf die Beantwortung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie zur parlamentarischen Anfrage Nr. 4060/J-BR/2022 verwiesen.

Frage 5:

- *Inwiefern setzen Sie sich dafür ein, dass Fahrzeuge, die zur Bereitstellung der flächendeckenden Daseinsvorsorge genutzt werden, auf emissionsfreie Antriebe umgestellt werden?*
 - a. Welche konkreten Ziele verfolgen Sie diesbezüglich?*
 - b. Inwiefern setzen Sie sich dafür ein, dass die dazu benötigte Ladeinfrastruktur*
 - c. flächendeckend bereitgestellt werden? Bis wann ist mit einem Ausbau zu rechnen?*

Zu dieser Frage wird ebenso auf die Beantwortung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie zur parlamentarischen Anfrage Nr. 4060/J-BR/2022 verwiesen.

Frage 6:

- *Wien-Energie hat mit der zweiten Novemberwoche einen Relaunch der „Wien Energie-Tanke“-App gestartet, mit dem transparente Echtzeit-Daten über die geladene Strommenge (in kWh), Ladedauer und Kosten während dem Tankvorgang abgerufen werden können. Setzen Sie sich dafür ein, dass eine ähnliche technische Lösung auch bundesweit verfügbar sein soll?*
 - a. Wenn ja: Inwiefern setzen Sie sich dafür ein?*
 - b. Wenn ja: Bis wann soll diese verfügbar sein?*
 - c. Wenn nein: Warum nicht?*

Der Gesetzgeber hat mit dem Gesetz zur Festlegung einheitlicher Standards beim Infrastrukturaufbau für alternative Kraftstoffe, BGBl. I Nr. 38/2018, idgF, das verschiedene Vorschriften betreffend Transparenz und zur Preisangabe vorsieht, die E-Control damit

beauftragt, ein öffentliches Ladestellenverzeichnis zu führen. Dieses ist allen Nutzern diskriminierungsfrei zugänglich zu machen.

Mein Haus sieht daher das Ladestellenverzeichnis der E-Control als primäre Informationsplattform für Verbraucherinnen und Verbraucher an. Weitere Tools, wie die angesprochene „Wien Energie-Tanke“-App, werden natürlich begrüßt, sofern sie qualitativ gute Informationsquellen darstellen.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Rauch

